



Foto: Adam Ferguson/The New York Times/Redux/ihf (12.08.2014); Christian Grand für DIE ZEIT (u)

Nach dem Absturz eines Rettungshelikopters. Irak, Gebirge bei Sindschar, am 12. August: Alissa J. Rubin, von der »New York Times« (l), und Wian Dachil, Jesidin, irakische Parlamentsabgeordnete

Im Notfall: Waffengewalt

Pazifismus heißt nicht Passivität. Der Ethiker Wolfgang Huber erklärt im Gespräch, warum Militäreinsätze verpflichtend sein können

»DIE ZEIT: Herr Huber, hatten Sie schon einmal eine Waffe in der Hand?

Wolfgang Huber: Nein, noch nie.

ZEIT: Warum? Aus Pazifismus?

Huber: Ich habe als junger Theologiestudent das Privileg genutzt, vom Wehrdienst befreit zu werden. Das war, bevor sich für mich die Alternative Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung stellte. Später habe ich eingesehen, warum wir Vorkehrungen treffen müssen, um Menschen vor Gewalt zu schützen. Unsere Verantwortung für den Frieden kann im äußersten Notfall den Einsatz von Waffengewalt einschließen.

ZEIT: Im Irak bedroht der Islamische Staat (IS) das Leben von Christen, Jesiden und auch Muslimen. Manche Familien verteidigen sich nun selbst mit Gewehren. Ist das richtig?

Huber: Eine Waffe zu erheben ist immer mit Schuld verbunden. Aus christlicher Perspektive gilt für jeden das Gebot: Du sollst nicht töten. Aber es gibt Situationen, in denen Menschen den Verstoß gegen dieses Gebot auf sich nehmen: bei Notwehr und Nothilfe; für polizeiliche Aufgaben; im politischen Widerstand; bei der Abwehr staatlicher oder organisierter Gewalt. Das sind vier Extremsituationen. Der Gebrauch von Gewalt kommt nur infrage, wenn keine andere Möglichkeit besteht und man wirklich Aussicht hat, Menschenleben zu retten.

ZEIT: Zivilisten haben bei bewaffneter Gegenwehr kaum Chancen gegen den IS. Doch die Truppen von Präsident Al-Maliki unternehmen nichts zum Schutz der Vertriebenen, nur die kurdischen Peshmerga tun das, nun unterstützt durch amerikanische Bomber.

Huber: Die staatliche Verpflichtung, Menschenleben zu retten, hat Vorrang. Und niemand darf sich einbilden, er könnte das staatliche Gewaltmonopol missachten. Wenn Menschen aber von sich aus zu den Waffen greifen, weil der Staat versagt, dann ist eine äußerste Notsituation erreicht.

ZEIT: Der IS sieht sich gegenüber »Ungläubigen« im Recht. Was halten Sie von den religiösen Argumenten für die Gewalt?

Huber: Die Verbindung von Terror und Religion ist eine der beunruhigendsten Erscheinungen unserer Zeit. Der Islamische Staat missbraucht den Gottesnamen, wenn er Menschen tötet oder versklavt. Es ist bereits ein Missbrauch der Religion, wenn man aus ihr das Recht ableitet, das staatliche Gewaltmonopol zu missachten und eine Institution namens IS aufzubauen.

ZEIT: Zumindest aus freiheitlicher Sicht ist das so.

Huber: Alle, die an Gott glauben, müssten sich dagegen wehren, dass die Menschenwürde missachtet wird. Wir können über die richtigen Maßnahmen gegen den IS streiten, aber dürfen nicht untätig bleiben. Wir dürfen uns nicht herausschlagen.

ZEIT: Es gibt Christen in Deutschland, die finden, dass der Kreuzestod Jesu uns zu einem Pazifismus aus Prinzip verpflichtet. Was sagen Sie dazu?

Huber: Zum christlichen Ideal der Gewaltlosigkeit gehört auch die Bereitschaft zum Leiden. Diese Bereitschaft kann man nur für sich selber erklären – nicht stellvertretend für andere. Die Frage lautet nicht nur: Will ich mich selber verteidigen? Sondern auch: Verteidige ich andere? Ethik ist nicht nur individuell. Wir haben Verantwortung für andere und werden auch dann schuldig, wenn wir die Opfer des IS alleinlassen.

ZEIT: Vor einem Monat haben im Irak vertriebene Christen zusammen mit liberalen Muslimen in Erbil für eine UN-Schutztruppe demonstriert. Noch immer ist nichts passiert. Verstehen Sie das?

Huber: Nein. Ich bin erschrocken und empört, dass die Vereinten Nationen nicht ihre Schutzverantwortung wahrnehmen. Sie haben sich vor mehr als einem Jahrzehnt auf die *responsibility to protect* als Handlungsprinzip in internationalen Konflikten geeinigt. Jetzt wäre die Stunde, das anzuwenden. Ich bedaure sehr, dass die Vereinten Nationen den Opfern nicht gerecht werden. Erstens, weil der Islamische Staat täglich mehr Menschen terrorisiert. Zweitens, weil die UN durch Untätigkeit ihre innere Legitimität untergraben.

ZEIT: Was ist im Sicherheitsrat los?

Huber: Ich bin außerstande, das zu erklären. Ich finde es inakzeptabel und hoffe, dass es sich ändert.

ZEIT: Vielleicht kommen wir einer Erklärung näher, wenn wir auf Deutschland schauen. Am 1. September debattiert der Bundestag über Waffenlieferungen an die Kurden. Warum erst jetzt?

Huber: Vielleicht waren wir in dieser internationalen Krise zu stark auf die bedrückende Lage in der Ostukraine fixiert. Zudem erwägen wir die Entsendung von Soldaten nur im Verbund der Nato oder der UN. Das ist verfassungsmäßig vorgeschrieben. Und der Parlamentsvorbehalt bei einem Truppeneinsatz ist unumstößlich. Ich befürworte die Beteiligung des Parlaments auch bei Waffenlieferungen. Bei beidem sollten wir es uns nicht leicht, sondern schwer machen. Sich heraushalten ist moralisch problematisch, aber sich einmischen ist moralisch auch nicht unproblematisch. Fatal bleibt, dass wir eine isolierte Debatte über militärische Maßnahmen führen, statt sie mit politischen und humanitären Maßnahmen zu verbinden.

ZEIT: Die christlichen Hilfsorganisationen in Deutschland haben sofort reagiert.

Huber: Bei humanitären Verbrechen besteht unsere erste politische Aufgabe darin, das entsprechende Land an seine Schutzpflicht zu erinnern und ihm gegebenenfalls zu helfen. Waffenlieferungen können nicht an die Stelle einer Hilfsstrategie treten. Sie muss endlich entwickelt werden.

ZEIT: Dafür protestierten deutsche Pfarrer gegen Militäreinsätze. Und Margot Käßmann sagte neulich, es wäre doch schön, wenn wir gar keine Bundeswehr mehr hätten.

Huber: Jeder Christ hat das Recht, selbst lieber Gewalt zu leiden als Gewalt auszuüben. Diese Haltung hat große zeichenhafte Bedeutung, denn sie erinnert unsere Gesellschaft daran, dass das gewaltfreie Handeln stets Vorrang hat vor dem Einsatz von Gewalt. Doch individueller Pazifismus reicht für das Handeln des Staates nicht aus. Wir leben in einer Welt, in der faktisch Gewalt ausgeübt wird. Es geht nicht darum, wie ich mich – mit einem Wort Dietrich Bonhoeffers: heroisch aus der Affäre ziehe. Sondern wie andere Menschen leben können. Von einer staatlichen Gemeinschaft muss ich erwarten, dass sie sich dieser Frage wirklich stellt: Wie greifen wir ein? Wie sichern wir die Herrschaft des Rechts über die Gewalt? Das ist meine Antwort auf die Pazifismuskussion.

ZEIT: Kann radikaler Pazifismus unethisch sein?

Huber: Ich kann niemandem das Recht absprechen, jede Form tödender Gewalt abzulehnen.

Doch wird das berühmte Bild aus der Bergpredigt oft missdeutet: »Wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halte auch die linke hin.« Der Schlag auf die rechte Wange ist, weil die meisten Menschen Rechtshänder sind, ein Schlag mit dem Handrücken, also eine besonders entehrende Form der Gewalt. Die Aufforderung, die andere Wange hinzuhalten, ist keine Aufforderung zur Passivität. Der andere soll merken, was er tut. Das soll eine Änderung seines Verhaltens provozieren.

ZEIT: Aber wenn er Gewalt will?

Huber: Pazifismus heißt nicht Passivität. Pazifisten sind diejenigen, die Frieden machen. Pazifisten sind nicht diejenigen, die alles geschehen lassen.

ZEIT: Kann Frieden machen auch das Töten anderer Menschen einschließen?

Huber: Im äußersten Notfall ja. Doch im Bewusstsein, dass Töten mit Schuld verbunden ist und dass Töten allein niemals hinreicht, um Frieden zu machen. Im Nordirak heißt das: Wir müssen dem Islamischen Staat das Terrorhandwerk legen. Aber wir müssen auch tragfähige, friedensfähige politische Strukturen aufbauen.

ZEIT: Was ist im Extremfall eigentlich mit dem christlichen Tötungsverbot – tritt es hinter das Gebot der Nächstenliebe zurück?

Huber: Für mich schließt das Gebot »Du sollst nicht töten« auch das Gebot ein: »Du sollst nicht töten lassen.« Wir bewegen uns also nicht außerhalb des Tötungsverbot, wenn wir verhindern wollen, dass der Islamische Staat morgen wieder Kinder tötet, Frauen vergewaltigt, Männern den Kopf abschlägt.

ZEIT: Warum tun wir uns völkerrechtlich so schwer?

Huber: Das neue Konzept der *responsibility to protect* aus den Jahren 2000/2001 wurde leider überdeckt durch den Terroranschlag am 11. September und den darauffolgenden *war on terror*. Wir wissen spätestens seit Ruanda, dass bei Völkermord und anderen elementaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit schnell gehandelt werden muss. Das ist keine neue Einsicht. Es gibt das Instrument des Sicherheitsrats genau dazu, dass die Völkergemeinschaft schnell reagiert. Wer je erleben durfte, wie Mitglieder des Rates Tag und Nacht reaktionsbereit sein müssen, um schnelle Entscheidungen zu ermöglichen, der versteht das jetzige Zögern nicht. Das gilt auch für Sondersitzungen im Bundestag.

ZEIT: Würden Sie den Begriff des gerechten Krieges heute noch benutzen?

Huber: Wenn es Krieg gibt, darf man das nicht durch Wortakrobatik beschönigen. Den Begriff des gerechten Krieges verwende ich allerdings nicht, denn: Wo immer Krieg herrscht, ist die Gerechtigkeit schon verletzt. Sie kann durch den Einsatz von Gewalt nicht wiederhergestellt werden.

ZEIT: Die Formel hat aber eine lange Tradition.

Huber: Sie geht auf die Zeiten des Römischen Reiches zurück und wurde durch Augustinus in die christliche Ethik übernommen, dann in der mittelalterlichen Scholastik ausgebaut. Sie sollte den Schritt zum Krieg erschweren und im Krieg selber humanisierend wirken: in der Verhältnismäßigkeit der Mittel, beim Schutz von Nicht-

kombattanten. Für die Reformatoren galt nur der Verteidigungskrieg als gerechter Krieg. Aber mit der modernen Waffentechnik und angesichts der beiden Weltkriege wurde eine begrenzende Wirkung unmöglich. Heute reden wir vom gerechten Frieden und meinen nicht mehr: »Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor«. Sondern: »Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor und verwende so viel Initiative, wie frühere Generationen auf den Krieg verwendeten, auf die Gestaltung des Friedens«. Fatal ist heute, dass auch diejenigen, die Gewaltanwendung strikt ablehnen, oft nichts anderes diskutieren wollen als die Gewalt.

ZEIT: Was sagen Sie als Seelsorger den Soldaten, wenn sie etwa nach Afghanistan ziehen?

Huber: Das fällt mir nie leicht. Denn die meisten wollen eine Auskunft, die ihnen ein gutes Gewissen macht. Ich antworte dann: Ein gutes Gewissen kann ich dir nicht machen, aber ein getröstetes Gewissen. Wenn du tötest, bleibst du nicht frei von Schuld, aber wenn du Menschenleben rettest, tust du dennoch, was in deiner Kraft steht. Wenn du das willst, ermutige ich dich. Verantworte, was du tust, vor Gott und den Menschen. Das gilt aber auch für den, der die Abschaffung der Bundeswehr vorschlägt.

ZEIT: Hat es Sie überrascht, dass sogar der Papst ein Eingreifen der Vereinten Nationen im Irak gefordert hat?

Huber: Bei diesem Papst hat es mich nicht überrascht.

ZEIT: Haben Christen eine besondere Verantwortung für Christen?

Huber: Jeder Mensch, der leidet, hat den gleichen Anspruch auf Hilfe. Aber zu unserer Verbundenheit im Glauben gehört, dass wir unser Mitleiden mit anderen Christen hörbar und erkennbar machen. Ein Vertreter einer internationalen Hilfsorganisation wollte einmal, dass ich verschweige, dass mir das Schicksal der Christen am Herzen liegt. Er forderte, dass ich nicht von bedrohten Christen rede. Darauf habe ich erwidert, zu meinem Verständnis humanitärer Verantwortung gehöre auch, zu sagen, wenn Christen Hilfe brauchen. Dadurch achte ich das Leid etwa der Jesiden oder Muslime nicht gering.

ZEIT: Warum scheuen wir uns, religiöse Beweggründe der Gewalt zu benennen?

Huber: Weil eine kritische Auseinandersetzung mit der Gewaltlegitimation im Islam von manchen sofort als islamophob betrachtet wird. Auch zu unserer christlichen Tradition gehört Gewaltverherrlichung. Deshalb können wir nur aus einer Haltung der Selbstkritik heraus jetzt den Islamismus kritisieren. Aber diese Kritik ist notwendig. Dafür brauchen wir Bundesgenossen im Islam selber. Wir müssen mit jenen Muslimen ins Gespräch kommen und im Gespräch bleiben, die den Islam als humane und humanisierende Religion verstehen – und gestalten. Wir müssen die kritischen Stimmen im Innern des Islams stärken. Dazu gehört auch, dass wir Christen uns angesichts der Gewaltgeschichte des Christentums keine Selbstgerechtigkeit leisten können.

ZEIT: Sie meinen die Kreuzzüge?

Huber: Ich meine die Predigten vor hundert Jahren, die einen deutschen Sieg verhießen: »Ist Gott für mich, wer mag wider mich sein.« Auch deshalb dürfen wir heute Gewaltprediger nicht verarmen lassen.

Die Fragen stellte EVELYN FINGER

Siehe auch *Zeitgeist*, Seite 10

Warum sollen wir helfen?

»Drei existenzielle Bitten haben die Verfolgten: Wasser, Nahrung und Sicherheit.«

Fernando Filoni, 68, ist Diplomat des Vatikan. Der Italiener bereiste soeben als Sondergesandter des Papstes den Irak. 2003 hatte er sich als Nuntius in Bagdad geweigert, vor den Bomben zu fliehen. Mehr dazu auf www.zeit.de

»Wir erleben einen Ausnahmefall, wo vor aller Augen Völkermord verübt wird von den Milizen des Islamischen Staates. Wenn wir gebeten werden, im begrenzten Umfang Waffen und Munition zu liefern, können wir nicht einfach sagen, das bekommt ihr nicht.«

Angela Merkel, 60, ist Bundeskanzlerin. Die CDU-Politikerin ist Tochter eines Pfarrers

»Als Ultima Ratio kann es einen gerechtfertigten militärischen Einsatz geben. Denn Hilfe für Menschen in extremer Gefahr für Leib und Leben ist moralisch geboten. Das muss im Extremfall auch militärisch geschehen. Ein absoluter Pazifismus ist nur im Paradies oder im vollendeten Reich Gottes möglich, aber nicht in dieser Welt, in der es das Böse nun einmal gibt.«

Walter Kasper, 81, ist emeritierter Kurienkardinal und war Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen

»Heraushalten ist Flucht vor Verantwortung. Ein Christ ist verantwortlich für sein Tun, aber auch für sein Nichttun.«

Frank-Walter Steinmeier, 58, ist Außenminister. Wir zitieren aus einer Rede des SPD-Politikers in der Magdeburger Johanniskirche, 26. Juni 2014

»Bonhoeffer zog angesichts der Naziverbrechen den Schluss, dass es Situationen gibt, in denen es nicht reicht, Unter-die-Räder-Gekommene zu verbinden. Dem Rad muss auch in die Speichen gegriffen werden – und sei es mit Gewalt. Dabei werden Menschen schuldig. Aber auch der Verzicht auf den Griff in die Speichen ist nicht schuldfrei.«

Nikolaus Schneider, 66, ist Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland

»Die Menschheit hat ein Recht, dem ungerechten Angreifer Einhalt zu gebieten. Aber auch der Angreifer hat ein Recht, zurückgehalten zu werden, damit er nichts Böses tut.«

Papst Franziskus, 77, in einem Interview vom 18. August

Spendenkonto

Kirche in Not: Konto 215 20 02, BLZ 750 903 00, LIGA Bank München
Caritas international: Konto 202, BLZ 660 205 00, Bank für Sozialwirtschaft
Diakonie Katastrophenhilfe: Konto 502 502, BLZ 210 602 37, Evangelische Darlehensgenossenschaft Kiel
 Verwendungszweck: Nothilfe Irak

